

Handbuch IT-Vergabe

Osseforth

2022

ISBN 978-3-406-75144-8

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Osseforth
Handbuch IT-Vergabe


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch IT-Vergabe

GWB (Teil 4) · VgV · SektVO · KonzVgV
VSVgV · UVgO · VOL/A · VOB/A(-EU)
VO PR 30/53 · UfAB · EVB-IT

Herausgegeben von

Tobias Osseforth

Fachanwalt für Vergaberecht in München


beck-shop.de
2022
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:
Osseforth, IT-Vergabe-HdB/*Bearbeiter*, § ... Rn.


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 75144 8

© 2022 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau

Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Im Interesse der besseren Lesbarkeit wird in dem gesamten Werk auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche personenbezogenen Bezeichnungen beziehen sich gleichwohl auf alle Arten von Personen, unabhängig von deren Geschlecht.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

In einem Ranking der Europäischen Kommission zum E-Government Benchmark 2020 erreichte Deutschland Platz 18 von 28 EU-Mitgliedstaaten. In dem E-Government Development Index 2020 der Vereinten Nationen rangiert Deutschland auf Platz 25 von 193 Nationen. Im Jahr 2018 erreichte Deutschland hier noch Platz 12. Die aktuellen Platzierungen sind für Deutschland schmerzhaft, besonders unter Berücksichtigung des Selbstverständnisses der Bundesrepublik Deutschland, ein moderner, technologiebasierter Staat zu sein. Deutschland ist deshalb bestrebt, die Digitalisierung mit großen Schritten voranzubringen. „Digitalisierung“ wird hierbei als ein Prozess verstanden, der auf der intelligenten Vernetzung von Prozessketten und einer durchgängigen Erfassung, Aufbereitung, Analyse und Kommunikation von Daten beruht (siehe den Referentenentwurf zum Gesetz über die Digitalisierung im Freistaat Bayern (Bayerisches Digitalgesetz – BayDiG) vom 6.7.2021).

Beispielsweise verpflichtet das Onlinezugangsgesetz (OZG) aus dem Jahr 2017 die öffentliche Verwaltung, mithin den Bund, die Länder und die Kommunen, bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten. Für öffentliche Auftraggeber bedeutet dies, dass sich die Anzahl an Beschaffungsvorgängen im IT-Sektor und auch deren Komplexität stetig erhöht.

Flankiert durch die Folgen der Covid-19-Pandemie sucht die öffentliche Verwaltung zudem nach innovativen technischen Lösungen, damit sie auch in Zeiten von Kontakteinschränkungen ihre Aufgaben digital uneingeschränkt, anwenderfreundlich und effizient wahrnehmen kann.

Für die damit einhergehende hohe Anzahl an verschiedensten Beschaffungsvorgängen im IT-Bereich stellt das Vergaberecht eine Vielzahl an Werkzeugen zur Verfügung, um die Beschaffung rechtskonform und effizient zu bewältigen. Dabei darf das wesentliche Ziel nicht aus den Augen verloren gehen, dass die IT-Systemlandschaft leistungsfähig sein muss und zugleich die hohen Anforderungen an eine ausreichende IT-Sicherheit gewährleistet werden. Weiter müssen digitale Services nutzerfreundlich sein, bei gleichzeitiger effizienter Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Autoren und der Herausgeber dieses Handbuchs zum Ziel gesetzt, den Lesern ein Werk zur Verfügung zu stellen, in dem die Werkzeuge zur rechtskonformen und effektiven Beschaffung von IT-Leistungen unter Beachtung des Vergaberechts vermittelt werden.

Dieses Handbuch beginnt mit der Darstellung der Grundlagen des Vergaberechts in **Kapitel 1**, in dem die Grundsätze des Vergaberechts, der Anwendungsbereich sowie die Bedeutung der Europäischen Schwellenwerte und der nationalen Wertgrenzen beschrieben und die Möglichkeiten sowie Fallstricke von vereinfachten Verfahren aufgezeigt werden. In diesem Kontext wird auch die Schätzung des Auftragswerts näher betrachtet.

Das Handbuch gliedert sich sodann chronologisch. Die elementar wichtige Vorbereitung des Vergabeverfahrens wird in **Kapitel 2** beleuchtet, beginnend mit dem allgegenwärtigen Datenschutz und dem Register zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge. In diesem Kapitel werden zudem Leistungsbeschreibungen, EVB-IT-Verträge und die Verwendung der UfAB 2018 behandelt. Außerdem spielen in diesem Kapitel die Ausschlusskriterien, Eignungskriterien, Eignungsnachweise sowie Zuschlagskriterien und Wertungsformeln als auch sonstige Stellschrauben des Vergaberechts eine gewichtige Rolle.

Das Handbuch geht über zur Einleitung des Vergabeverfahrens in **Kapitel 3**, mit den verschiedenen Bekanntmachungen.

Es folgt das wichtige **Kapitel 4** mit der Durchführung des Vergabeverfahrens bis hin zur Beendigung selbigen. In diesem Kapitel werden insbesondere die Vergabeverfahrensarten, die Teilnahme- und Angebotsphase sowie die Prüfung und Wertung von Teilnahmeanträgen und Angeboten beleuchtet.

In **Kapitel 5** werden die Rechtsfolgen bei Vergabeverstößen und der Rechtsschutz beschrieben.

Während sich das **Kapitel 6** den vergaberechtlichen Besonderheiten während der Vertragsausführung widmet, mithin dem Umgang mit Vertragsänderungen.

Das Handbuch schließt mit IT-Vergaben im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich in **Kapitel 7**. Hier nimmt die Anwendung des Preisrechts nach der Verordnung PR 30/53 eine gewichtige Rolle ein.

Um die Digitalisierung auch im vergaberechtlichen Prozessrecht voranzubringen, sind zudem Gesetzgeber und Nachprüfungsinstanzen gefragt. Damit beispielsweise die vergaberechtliche Rechtsprechung in Zukunft noch effizienter digital agieren kann, ist es erstrebenswert, wenn die Einreichung von Nachprüfungsanträgen und insbesondere von solchen Schriftsätzen, die Sachanträge enthalten, mittels des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) auch bei den Vergabekammern zeitnah rechtlich möglich wird. Die Durchführung von digitalen mündlichen Verhandlungen mittels Videokonferenz bei allen Vergabekammern und Vergabesenaten bei vollumfänglicher Gewährung des Anspruchs auf rechtliches Gehör würde einen weiteren deutlichen Fortschritt bedeuten. Durch die damit verbundene Reduzierung der Reisetätigkeit könnten auch die Verfahrensbeteiligten einen weiteren Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes leisten.

Ich bedanke mich bei allen Autoren herzlich für deren außergewöhnliches Engagement und deren Bereitschaft, ihr Wissen und ihre Erfahrung mit den Lesern zu teilen. Damit haben alle Autoren gemeinsam entscheidend zum Gelingen dieses Werkes beigetragen.

Ein besonderer Dank gilt vor allen Dingen dem zuständigen Leiter des Lektorats, Herrn Dr. Roland Klaes, den beiden betreuenden sowie äußerst engagierten Lektorinnen, Frau Dr. Annalena Hanke und Frau Anke Teresa Schaub als auch der unermüdlichen Mitarbeiterin, Frau Martina Schöner.

Für Anregungen, Hinweise, Optimierungsvorschläge oder jegliche Kritik sind sowohl der Verlag C.H. Beck als auch der Herausgeber sehr dankbar. Gerne können Sie Ihre Anregungen dem Herausgeber gegenüber mündlich oder per E-Mail mitteilen, mit dem gemeinsamen Ziel, das Werk für die Leser und Anwender stetig an die neuesten Entwicklungen im IT-Bereich und dem Vergaberecht anzupassen und weiter zu optimieren.

Ich wünsche eine interessante und hilfreiche Lektüre.

München, im November 2021

Tobias Osseforth

Bearbeiterverzeichnis

Steffen Amelung

Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
§ 18 Beendigung des Vergabeverfahrens

Dr. Jan Bonhage

Rechtsanwalt, Berlin
§ 16 Prüfung und Wertung – Teil I

Dr. Sven Brockhoff

Rechtsanwalt, Stuttgart
§ 13 Die Bekanntmachungen

Dr. Michael Brüggemann

Rechtsanwalt, Düsseldorf
§ 21 Besonderheiten bei der IT-Beschaffung im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich

Dr. Jan Byok

Rechtsanwalt, Düsseldorf
§ 11 Zuschlagskriterien und Wertungsformeln

Dr. Jan Endler

Rechtsanwalt und Dipl.-Volkswirt, Berlin
§ 7 Produktneutralität

Dr. Christiane Freytag

Rechtsanwältin, Stuttgart
§ 10 Ausschlussgründe, Eignungskriterien und Eignungsnachweise

Prof. Dr. Dirk Heckmann

Universitätsprofessor, TU München
§ 4 Datenschutz und das Register zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge

Anna Maria Horschik

Rechtsanwältin, Düsseldorf
§ 11 Zuschlagskriterien und Wertungsformeln

Julia Krüger

Syndikusrechtsanwältin, Bonn
§ 9 Verwendung der UfAB 2018

Dr. Stephen Lampert

Rechtsanwalt, München
§ 6 Pflichtenheft, Lastenheft und sonstige Leistungsbeschreibungen

Tobias Osseforth

Rechtsanwalt, München
§ 3 Europäische Schwellenwerte, nationale Wertgrenzen, vereinfachte Verfahren und Schätzung des Auftragswerts

Dr. Olaf Otting
Rechtsanwalt, Hanau
§ 14 Die Vergabeverfahrensarten

Prof. Dr. Anne Paschke
Universitätsprofessorin, TU Braunschweig
§ 4 Datenschutz und das Register zum Schutz des Wettbewerbs um
öffentliche Aufträge

Dr. Marc Pauka
Syndikusrechtsanwalt, Bonn
§ 9 Verwendung der UfAB 2018, § 22 Die Anwendung des Preisrechts
nach der Verordnung PR 30/53

Dr. Frank Roth
Rechtsanwalt, Köln
§ 20 Umgang mit Vertragsänderungen

Dr. Florian Schmitz
Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
§ 8 EVB-IT-Verträge

Dr. Kai-Uwe Schneevogl
Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
§ 8 EVB-IT-Verträge, § 12 Sonstige Stellschrauben des Vergaberechts

Dr. Marc Schweda
Rechtsanwalt, Hamburg
§ 15 Die Teilnahme- und Angebotsphase

Prof. Dr. Thorsten Siegel
Universitätsprofessor, Berlin
§ 2 Anwendungsbereich

Dr. Michael Sitsen
Rechtsanwalt, Düsseldorf
§ 5 Vorbereitung und Beginn der Dokumentation sowie Vermeidung
von Interessenkonflikten

Matthias Steck
Vorsitzender der Vergabekammer Südbayern, München
§ 19 Rechtsschutz, Rügen und Nachprüfungsanträge

Simone Terbrack
Rechtsanwältin, Berlin
§ 16 Prüfung und Wertung – Teil I

Dr. Julius von Lucius
Rechtsanwalt, Berlin
§ 17 Prüfung und Wertung – Teil II

Dr. Olav Wagner
Rechtsanwalt, Berlin
§ 17 Prüfung und Wertung – Teil II

Dr. Benjamin Wübbelt
Rechtsanwalt, Düsseldorf
§ 11 Zuschlagskriterien und Wertungsformeln

Prof. Dr. Dr. h.c. (NUM) Jan Ziekow
Universitätsprofessor, Universität Speyer
§ 1 Grundsätze des Vergaberechts

Christoph Zinger
Rechtsanwalt, Hanau
§ 14 Die Vergabeverfahrensarten


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Bearbeiterverzeichnis	IX
Inhaltsverzeichnis	XIX
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	XXXIX

Kapitel 1 Grundlagen

§ 1 Grundsätze des Vergaberechts (Ziekow)

A. Einleitung (Ziekow)	1
B. Der Wettbewerbsgrundsatz, § 97 Abs. 1 Satz 1 GWB (Ziekow)	3
C. Der Gleichbehandlungsgrundsatz, § 97 Abs. 2 GWB, § 45 Abs. 2 SektVO (Ziekow)	6
D. Der Transparenzgrundsatz, § 97 Abs. 1 Satz 1 GWB (Ziekow)	14
E. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, § 97 Abs. 1 Satz 2 GWB (Ziekow)	18
F. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, § 97 Abs. 1 Satz 2 GWB (Ziekow)	19
G. Die Berücksichtigung von Innovation, EG 47 Richtlinie 2014/24/EU (Ziekow)	20
H. Der Vertraulichkeitsgrundsatz, § 5 VgV, § 5 SektVO, § 3 UVgO (Ziekow)	25

§ 2 Anwendungsbereich des Vergaberechts (Siegel)

A. Einleitung (Siegel)	29
B. Anwendungsbereich des EU-Kartellvergaberechts gemäß §§ 97 ff. GWB sowie der Vergabeordnungen (VgV, SektVO, VSVgV, KonzVgV) (Siegel)	30
C. Anwendungsbereich des Haushaltsvergaberechts (Siegel)	43
D. Zusätzlicher Anwendungsbereich im Falle von Zuwendungen §§ 23, 44 BHO/LHO (Siegel)	48

§ 3 Europäische Schwellenwerte, nationale Wertgrenzen, vereinfachte Verfahren und Schätzung des Auftragswerts (Osseforth)

A. Einleitung (Osseforth)	50
B. Die Schwellenwerte der Europäischen Union, § 106 GWB (Osseforth)	52
C. Nationale Wertgrenzen (Osseforth)	55
D. Vereinfachte Verfahren (Osseforth)	66
E. Die Schätzung des Auftragswerts, § 3 VgV, § 2 SektVO (Osseforth)	69

Kapitel 2 Vorbereitung des Vergabeverfahrens

§ 4 Datenschutz und das Register zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge (Heckmann/Paschke)

A. Einleitung (Heckmann/Paschke)	96
B. Der Schutz personenbezogener Daten im Vergabeverfahren (Heckmann/Paschke)	96
C. Datenschutz als Anforderung und Bewertungsmaßstab für die öffentliche Auftragsvergabe (Heckmann/Paschke)	102
D. Das Wettbewerbsregistriergesetz im Kontext des Datenschutzrechts (Heckmann/Paschke)	106

§ 5 Dokumentation und Vermeidung von Interessenkonflikten (Sitsen)

A. Einleitung (Sitsen)	121
B. Dokumentation (Sitsen)	122
C. Vermeidung von Interessenkonflikten (Sitsen)	136

§ 6 Lastenheft, Pflichtenheft und sonstige Leistungsbeschreibungen (Lampert)

A. Einleitung (Lampert)	144
-------------------------------	-----

Inhaltsübersicht

B. Anforderungen an eine eindeutige und erschöpfende Leistungsbeschreibung, § 121 GWB, §§ 31 ff. VgV, §§ 28 ff. SektVO, § 23 UVgO (Lampert)	151
C. Nutzungsrechte, § 31 Abs. 4 VgV, § 28 Abs. 4 SektVO (Lampert)	167
D. Aspekte der Nachhaltigkeit, § 31 Abs. 3 VgV, § 28 Abs. 2 SektVO (Lampert)	167
E. Energieeffizienz, Green IT und Green Energy, § 67 VgV, § 58 SektVO (Lampert)	167
F. Barrierefreiheit, § 121 Abs. 2 GWB, § 31 Abs. 5 VgV (Lampert)	168
G. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 30, 58 SektVO (Lampert)	168
H. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, § 23 UVgO (Lampert)	169

§ 7 Produktneutralität (Endler)

A. Einleitung (Endler)	171
B. Produktneutrale Ausschreibung als gesetzliches Leitbild (Endler)	172
C. Hinweise zur Umsetzung produktneutraler Ausschreibungen im Rahmen von IT-Vergaben (Endler)	182

§ 8 EVB-IT-Verträge (Schmitz/Schneevogl)

A. Einleitung (Schmitz/Schneevogl)	193
B. Überblick und Abgrenzung (Schmitz/Schneevogl)	195
C. Die verschiedenen EVB-IT-Musterverträge (Schmitz/Schneevogl)	199
D. Verwendung der EVB-IT Musterverträge (Schmitz/Schneevogl)	207

§ 9 Verwendung der UfAB 2018 (Pauka/Krüger)

A. Einleitung (Pauka/Krüger)	214
B. Die Verwendung der UfAB 2018 (Pauka/Krüger)	219
C. Fazit (Pauka/Krüger)	232

§ 10 Ausschlussgründe, Eignungskriterien und Eignungsnachweise (Freitag)

A. Einleitung (Freitag)	234
B. Zwingende Ausschlussgründe, §§ 122, 123, 126 Nr. 1 GWB, § 42 VgV, § 31 UVgO (Freitag)	235
C. Fakultative Ausschlussgründe, §§ 122, 124, 126 Nr. 2 GWB, § 42 VgV, § 31 UVgO (Freitag)	237
D. Nachweis der Selbstreinigung, § 125 GWB, § 31 Abs. 2 S. 3 UVgO (Freitag)	242
E. Eignungskriterien, § 122 GWB, § 44 ff. VgV, § 33 UVgO (Freitag)	245
F. Eignungsnachweise, § 122 GWB, § 44 ff. VgV, § 35 UVgO (Freitag)	250
G. IT-Zertifizierungen, IT-Gütezeichen, Qualitätssicherung und Umweltmanagement, §§ 34, 49 VgV, §§ 32, 49 SektVO, § 24 UVgO (Freitag) ...	256
H. Bietergemeinschaften, § 43 VgV, § 50 SektVO, § 32 UVgO (Freitag)	260
I. Unterauftragnehmer, § 36 VgV, § 34 SektVO, § 26 UVgO (Freitag)	263
J. Die Eignungsleihe, § 47 Abs. 1 bis 4 VgV, § 47 Abs. 1 bis 4 SektVO, § 34 UVgO (Freitag)	266
K. Das Selbstausführungsgebot, § 47 Abs. 5 VgV, § 47 Abs. 5 SektVO, § 26 Abs. 6 UVgO (Freitag)	268
L. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 142 GWB, 32, 34, 45–47, 49 f. SektVO (Freitag)	268
M. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, §§ 24, 26, 31 ff. UVgO (Freitag)	270

§ 11 Zuschlagskriterien und Wertungsformeln (Byok/Wübbelt/Horschik)

A. Einleitung (Byok/Wübbelt/Horschik)	272
B. Zuschlagskriterien, § 127 GWB, § 58 VgV (Byok/Wübbelt/Horschik)	272
C. Wertungsformeln (Byok/Wübbelt/Horschik)	293
D. Berechnung von Lebenszykluskosten, § 127 Abs. 3 GWB, § 59 VgV, § 53 SektVO (Byok/Wübbelt/Horschik)	296
E. Benchmarks Performance Tests (Byok/Wübbelt/Horschik)	299

F. Besonderheiten im Sektorenbereich, § 53 SektVO (<i>Byok/Wübbelt/Horschik</i>)	300
G. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte (<i>Byok/Wübbelt/Horschik</i>)	300

§ 12 Sonstige Stellschrauben des Vergaberechts (*Schneevogl*)

A. Einleitung (<i>Schneevogl</i>)	301
B. Stellschraube Leistungsbestimmungsrecht (<i>Schneevogl</i>)	302
C. Stellschraube „Wahl der Vergabeart“ (<i>Schneevogl</i>)	306
D. Rahmenvereinbarungen und besondere Instrumente, § 103 Abs. 5, § 120 GWB, §§ 21 ff. VgV, §§ 19 ff. SektVO, §§ 15 ff. UVgO als Stellschrauben (<i>Schneevogl</i>)	310
E. Optionsrechte und Überprüfungs klauseln (<i>Schneevogl</i>)	311
F. Stellschrauben durch „Qualitative Zuschlagskriterien“ (<i>Schneevogl</i>)	314

Kapitel 3 Einleitung des Vergabeverfahrens

§ 13 Die Bekanntmachungen (*Brockhoff*)

A. Einleitung (<i>Brockhoff</i>)	318
B. Die EU-Auftragsbekanntmachung, § 37 VgV, § 40 VgV (<i>Brockhoff</i>)	320
C. Die EU-Vorinformation, § 38 VgV (<i>Brockhoff</i>)	330
D. Bereitstellung der Vergabeunterlagen, § 41 VgV, § 41 SektVO, § 29 UVgO (<i>Brockhoff</i>)	335
E. Direktauftrag und freiwillige Ex Ante-Transparenzbekanntmachung, § 135 Abs. 3 GWB (<i>Brockhoff</i>)	339
F. Die EU-Berichtigungsbekanntmachung (<i>Brockhoff</i>)	341
G. Die EU-Vergabebekanntmachung, § 39 Abs. 1 bis 4 VgV (<i>Brockhoff</i>)	342
H. Die EU-Auftragsänderungsbekanntmachung, § 39 Abs. 5 VgV (<i>Brockhoff</i>)	344
I. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 35 ff. SektVO (<i>Brockhoff</i>)	345
J. Besonderheiten unterhalb der Schwellenwerte, §§ 27 ff. UVgO und § 12 VOL/A (<i>Brockhoff</i>)	347

Kapitel 4 Durchführung des Vergabeverfahrens

§ 14 Die Vergabeverfahrensarten (*Otting/Zinger*)

A. Einleitung (<i>Otting/Zinger</i>)	351
B. Besonderheiten bei Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen, § 116 Abs. 1 Nr. 2 GWB (<i>Otting/Zinger</i>)	352
C. Wahl der Verfahrensart, § 119 Abs. 1, 2 GWB, § 14 VgV, § 13 SektVO (<i>Otting/Zinger</i>)	356
D. Die einzelnen Verfahrensarten, § 119 GWB, §§ 16–19 VgV, §§ 15–18 SektVO (<i>Otting/Zinger</i>)	360
E. IT-Planungswettbewerbe, § 103 Abs. 6 GWB (<i>Otting/Zinger</i>)	387
F. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte (<i>Otting/Zinger</i>)	388

§ 15 Die Teilnahme- und Angebotsphase (*Schweda*)

A. Einleitung (<i>Schweda</i>)	389
B. Fristenmanagement, §§ 15 ff., 20, 24 VgV; §§ 13 ff., 16, 65 SektVO; §§ 12 Abs. 6, 13, 54 UVgO (<i>Schweda</i>)	391
C. Umgang mit Bewerber-, Bieterfragen und Rügen (<i>Schweda</i>)	401
D. Öffnung der Teilnahmeanträge und der Angebote (<i>Schweda</i>)	404
E. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, § 13 UVgO (<i>Schweda</i>)	408

§ 16 Prüfung und Wertung – Teil I (*Bonhage/Terbrack*)

A. Einleitung (<i>Bonhage/Terbrack</i>)	411
B. Die formale Prüfung, §§ 56 Abs. 1, 57 Abs. 1 VgV, § 51 Abs. 1 SektVO, §§ 41 Abs. 1, 42 Abs. 1 UVgO (<i>Bonhage/Terbrack</i>)	412
C. Prüfung der Unternehmen (<i>Bonhage/Terbrack</i>)	414

Inhaltsübersicht

D.	Prüfung der Erfüllung von besonderen Bedingungen für die Auftragsausführung, §§ 128 f. GWB, § 61 VgV (Bonhage/Terbrack)	424
E.	Nachforderung und Aufklärung (Bonhage/Terbrack)	425
F.	Ausschluss von Unternehmen, Teilnahmeanträgen und Angeboten, §§ 122 ff. GWB, §§ 56 f. VgV (Bonhage/Terbrack)	429
G.	Besonderheiten in anderen Bereichen (Bonhage/Terbrack)	431
§ 17 Prüfung und Wertung – Teil II (von Lucius/Wagner)		
A.	Einleitung (von Lucius/Wagner)	433
B.	Prüfung der Angemessenheit der Angebote (sog. Preisprüfung), § 60 VgV (von Lucius/Wagner)	434
C.	Prüfung anhand der Zuschlagskriterien (sog. Angebotswertung), § 127 GWB, § 58 f. VgV (von Lucius/Wagner)	449
D.	Aufklärungsgespräche, Verhandlungen und Dialoge über Angebotsinhalte (von Lucius/Wagner)	457
E.	Teststellungen und Präsentationen (von Lucius/Wagner)	463
F.	Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 52, 54 SektVO (von Lucius/Wagner)	467
G.	Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, §§ 43, 44 UVgO, §§ 16, 18 VOL/A (von Lucius/Wagner)	468
§ 18 Beendigung des Vergabeverfahrens (Amelung)		
A.	Einleitung (Amelung)	469
B.	Zuschlagerteilung (Amelung)	470
C.	Aufhebung des Vergabeverfahrens (Amelung)	482
Kapitel 5 Rechtsfolgen bei Verstößen und Rechtsschutz		
§ 19 Rechtsschutz, Rügen und Nachprüfungsanträge (Steck)		
A.	Einleitung (Steck)	506
B.	Rügen und Nachprüfungsanträge, §§ 155 ff. GWB (Steck)	507
C.	Rechtsschutz unterhalb der EU-Schwellenwerte, § 935 ZPO, § 19 ThürVgG, § 19 LVG LSA (Steck)	560
D.	Schadensersatzansprüche, § 181 GWB, §§ 280 Abs. 1, 241 Abs. 2, 311 Abs. 2 BGB (Steck)	562
E.	Rückforderung von gewährten Zuwendungen (Steck)	565
Kapitel 6 Besonderheiten während der Vertragsausführung		
§ 20 Umgang mit Vertragsänderungen (Roth)		
A.	Einleitung (Roth)	569
B.	Vorfrage: Unkritische Abweichungen im Projektverlauf oder vergaberechtsrelevante Auftragsänderung? (Roth)	574
C.	Zusätzliche Lieferungen und Leistungen im Rahmen zulässiger Auftragsänderungen oder im Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb (Roth)	584
D.	Auftragsänderungen nach § 132 GWB (Roth)	589
E.	Sanktionierung bei wesentlichen Auftragsänderungen (Roth)	601
Kapitel 7 IT-Vergaben im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich		
§ 21 Besonderheiten bei der IT-Beschaffung im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich (Brüggemann)		
A.	Einleitung (Brüggemann)	605
B.	IT-Beschaffung im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich, § 104 GWB, § 1 ff. VSVgV (Brüggemann)	606

C. Leitlinien für die kooperative Beschaffung, Bekanntmachung der Kommission 2019/C 157/01 (<i>Brüggemann</i>)	624
D. Besonderheiten unterhalb der Schwellenwerte (<i>Brüggemann</i>)	628
§ 22 Die Anwendung des Preisrechts nach der Verordnung PR 30/53 (<i>Pauka</i>)	
A. Einleitung (<i>Pauka</i>)	631
B. Anwendungsbereich des öffentlichen Preisrechts, § 2 VO PR 30/53 (<i>Pauka</i>)	638
C. Der Marktpreis (§ 4 VO PR) und das Verhältnis des Preisrechts zum Vergaberecht (<i>Pauka</i>)	643
D. Selbstkostenpreise, §§ 5 ff. VO PR 30/53 (<i>Pauka</i>)	650
E. Preisprüfung, § 9 ff. VO PR 30/53 (<i>Pauka</i>)	653
Sachverzeichnis	657

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Bearbeiterverzeichnis	IX
Inhaltsübersicht	XIII
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	XXXIX

Kapitel 1 Grundlagen

§ 1 Grundsätze des Vergaberechts

A. Einleitung	1
B. Der Wettbewerbsgrundsatz, § 97 Abs. 1 Satz 1 GWB	3
C. Der Gleichbehandlungsgrundsatz, § 97 Abs. 2 GWB, § 45 Abs. 2 SektVO	6
I. Grundlagen	6
1. EU-Recht	6
2. Verfassungsrecht	9
II. Regelungsgehalt	10
1. Grundsätze	10
2. Anwendungsfälle	11
D. Der Transparenzgrundsatz, § 97 Abs. 1 Satz 1 GWB	14
I. Grundlegende Wirkungen	15
II. Benennung der Eignungs- und Zuschlagskriterien	16
III. Weitere Transparenzanforderungen	17
E. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, § 97 Abs. 1 Satz 2 GWB	18
F. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, § 97 Abs. 1 Satz 2 GWB	19
G. Die Berücksichtigung von Innovation, EG 47 Richtlinie 2014/24/EU	20
I. Technologische Innovation	22
II. Ökologische und soziale Innovationen	23
1. Potenziell relevante Aspekte	23
2. Zulässigkeit sozialer und ökologischer Aspekte	24
H. Der Vertraulichkeitsgrundsatz, § 5 VgV, § 5 SektVO, § 3 UVgO	25
I. Wahrung der Vertraulichkeit durch den öffentlichen Auftraggeber	26
II. Anforderungen an die Wahrung der Vertraulichkeit durch die Bieter	27

§ 2 Anwendungsbereich des Vergaberechts

A. Einleitung	29
B. Anwendungsbereich des EU-Kartellvergaberechts gemäß §§ 97 ff. GWB sowie der Vergabeordnungen (VgV, SektVO, VSVgV, KonzVgV)	30
I. Persönlicher Anwendungsbereich	30
1. Auftraggeber	30
2. Unternehmen	35
II. Sachlicher Anwendungsbereich	36
1. Auftragsbegriff gemäß § 103 GWB	36
2. Aufträge im Sektorenbereich gemäß § 102 GWB	38
3. Aufträge im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich gemäß § 104 GWB	38
4. Konzessionsbegriff gemäß § 105 Abs. 1 GWB	38
5. Gemischte Verträge	39
6. Rahmenvereinbarungen	39
7. Open-House-Vergaben	40

III. Ausnahmen	40
1. Allgemeine Ausnahmen	40
2. Besondere Ausnahmen	43
3. Die Grundfreiheiten als Auffangordnung	43
C. Anwendungsbereich des Haushaltsvergaberechts	43
I. Persönlicher Anwendungsbereich	44
1. Auftraggeber	44
2. Unternehmen	45
II. Sachlicher Anwendungsbereich	45
1. Entgeltliche Verträge gemäß § 55 Abs. 1 BHO/LHO	45
2. Abweichende Behandlung von Konzessionen?	45
III. Ausnahmen	46
IV. Anhang: Relevanz der Grundfreiheiten	46
1. Voraussetzung: Vorliegen eines grenzüberschreitenden Interesses	47
2. Relevanz im Haushaltsvergaberecht	47
D. Zusätzlicher Anwendungsbereich im Falle von Zuwendungen §§ 23, 44 BHO/LHO	48
§ 3 Europäische Schwellenwerte, nationale Wertgrenzen, vereinfachte Verfahren und Schätzung des Auftragswerts	
A. Einleitung	50
I. Schwellenwerte, § 106 GWB	50
II. Nationale Wertgrenzen	51
III. Vereinfachte Verfahren	52
IV. Schätzung des Auftragswerts	52
B. Die Schwellenwerte der Europäischen Union, § 106 GWB	52
I. Anpassung der Schwellenwerte	52
II. Schwellenwerte 2020/2021	53
III. Relevanter Zeitpunkt	53
1. EU-Auftragsbekanntmachung	53
2. Sonstige Einleitung des Vergabeverfahrens	54
3. Nationale Einleitung des Vergabeverfahrens	54
4. Wesentliche Vertragsänderung	54
C. Nationale Wertgrenzen	55
I. Wettbewerbsoffene Vergabeverfahren	55
II. Wettbewerbseinschränkende Vergabeverfahren	55
1. Unterschied zwischen den wettbewerbseinschränkenden Vergabeverfahren	55
2. Verhandlungsgebot	55
III. Wertgrenzenerlass	56
1. Persönlicher Anwendungsbereich	56
2. Öffnungsklausel, § 8 Abs. 4 Nr. 17 UVgO	57
3. Ablauf von wettbewerbseinschränkenden Vergabeverfahren, §§ 11, 12 UVgO	58
4. Whistleblower-Richtlinie	60
IV. Binnenmarktrelevanz	61
1. Objektive Kriterien	62
2. Relevante Auftragsgröße	62
3. Gründe für eine Vorab-Bekanntmachung	63
4. Veröffentlichungsmedien	64
5. Antrag auf Teilnahme kurz vor Beginn des Vergabeverfahrens	64
6. Nachgewiesene Binnenmarktrelevanz	64
7. Dienstleistungen im grenznahen Gebiet	65

8. Effektiver Rechtsschutz	65
D. Vereinfachte Verfahren	66
I. Direktauftrag, § 14 UVgO	66
II Vereinfachtes Verfahrens gemäß § 50 UVgO	67
III. Vereinfachtes Verfahren bei grundsätzlicher Anwendung der VOL/A	67
IV. Bestellscheinverfahren	68
1. Bestellscheinverfahren – Bund	68
2. Bestellscheinverfahren – Bundesländer	68
3. Allgemeines zum Bestellscheinverfahren	68
E. Die Schätzung des Auftragswerts, § 3 VgV, § 2 SektVO	69
I. Einführung	69
II. Methoden zur Berechnung des geschätzten Auftragswerts	69
1. Zahlbare Gesamtbetrag	69
2. Dokumentation, § 8 VgV	71
3. Ordnungsgemäße Berechnungsgrundlage	72
4. Nicht ordnungsgemäße Schätzung des Auftragswerts, § 3 Abs. 2 S. 1 VgV	75
5. Fallgruppen	78
III. Anwendungsbereiche für den geschätzten Auftragswert	88
1. Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens	88
2. Wesentliche Vertragsänderungen, § 132 GWB	91
3. Prozessuale Relevanz der vergaberechtlichen Schätzung des Auftragswerts	93

Kapitel 2 Vorbereitung des Vergabeverfahrens

§ 4 Datenschutz und das Register zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge

A. Einleitung	96
B. Der Schutz personenbezogener Daten im Vergabeverfahren	96
I. Anwendbarkeit der DSGVO	96
II. Öffentliche Auftraggeber und Vergabestellen als Verantwortliche	97
III. Bieter und Dritte als Betroffene	98
IV. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung im Vergabeverfahren	99
V. Wesentliche Verfahrensgrundsätze	101
C. Datenschutz als Anforderung und Bewertungsmaßstab für die öffentliche Auftragsvergabe	102
I. Bieter als Verantwortliche	102
II. Adressaten der ausgeschriebenen IT-Leistung als Betroffene	104
III. Rechtsgrundlage für die Forderung nach datenschutzkonformen IT-Leistungen	104
D. Das Wettbewerbsregistergesetz im Kontext des Datenschutzrechts	106
I. Anwendbarkeit des WRegG und Einsatzbeginn des Registers	106
II. Zweck der Errichtung des neuen Registers	106
III. Überblick über die Regelungen des WRegG	107
1. Grundlagen	107
2. Eintragungspflichtige Entscheidungen	107
3. Einzutragende Daten	107
4. Mitteilungs- und Eintragungspflicht; Absehen und Korrektur von Amts wegen	108
5. Möglichkeit zur Stellungnahme und Auskunftsrecht	108
6. Löschung von Einträgen wegen Fristablaufs	109
7. Löschung von Einträgen wegen Selbstreinigung	109

8. Abfragepflicht und Abfragerecht	110
9. Ausführung der Datenübermittlung und Datenspeicherung	111
10. Rechtsweg	111
IV. Übersicht über die Datenverarbeitungsvorgänge während des Lebenszyklus ⁴ eines Registereintrags	112
V. Personenbezug der verarbeiteten Daten	113
VI. Rechtfertigung der jeweiligen Verarbeitungsvorgänge	114
1. Anwendungsbereich der DSGVO hinsichtlich personenbezogener Daten	114
2. Rechtsgrundlagen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten	114
3. Keine entgegenstehenden Geheimnisschutzinteressen hinsichtlich der Verarbeitung der Daten von juristischen oder natürlichen Personen	115
VII. Wahrung der Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten und Betroffenenrechte	116
1. Rechtmäßigkeit, Verarbeitung nach Treu und Glauben, Transparenz	116
2. Zweckbindung	117
3. Datenminimierung	117
4. Schutz der Integrität und Vertraulichkeit	118
5. Speicherbegrenzung	118
6. Recht auf Vergessenwerden	118
7. Informationspflichten, Auskunftsrecht, Recht auf Berichtigung	119
§ 5 Dokumentation und Vermeidung von Interessenkonflikten	
A. Einleitung	121
B. Dokumentation	122
I. Rechtsgrundlagen und Bedeutung/Funktion	122
II. Allgemeines	123
III. Form und Zeitpunkt der Dokumentation	125
IV. Auswirkung und Heilung von Dokumentationsmängeln	126
V. Inhalt der Dokumentation (mit spezifischen Bezügen zu IT-Vergaben)	128
VI. Strafrechtliche Risiken bei nachträglicher Manipulation	133
VII. Besonderheiten in einigen Bereichen	134
C. Vermeidung von Interessenkonflikten	136
I. Allgemeines	136
II. Mitwirkungsverbot	137
1. Sachliche Reichweite des Mitwirkungsverbots	137
2. Betroffene Personen	138
3. Vorliegen eines Interessenkonflikts	138
III. Rechtsfolgen bei Verstoß gegen das Mitwirkungsverbot	141
§ 6 Lastenheft, Pflichtenheft und sonstige Leistungsbeschreibungen	
A. Einleitung	144
I. Leistungsbeschreibung als Teil der Vergabeunterlagen	144
1. „Herzstück der Vergabeunterlagen“	144
2. Bindungswirkung der Leistungsbeschreibung	145
3. Rahmen für die Angebotsgestaltung	146
4. Leistungsbeschreibung und Kriterienkatalog	147
II. „Lastenheft“	147
1. Abgrenzung Pflichtenheft und Lastenheft	147
2. Verantwortlichkeit des Auftraggebers	148
III. „Pflichtenheft“	149
1. Im Vergabeverfahren	149
2. Nach Vertragsschluss	149

B. Anforderungen an eine eindeutige und erschöpfende Leistungsbeschreibung,	
§ 121 GWB, §§ 31 ff. VgV, §§ 28 ff. SektVO, § 23 UVgO	151
I. Erstellung und Inhalte der Leistungsbeschreibung	151
1. Beschaffungsfreiheit des Auftraggebers	151
2. Wettbewerbsoffene Ausschreibung	152
3. Beschreibung des Auftragsgegenstandes	152
4. Verfahrensbestimmungen	153
5. Vertragliche Bestimmungen	153
6. Gliederung	154
II. „Eindeutige“ Leistungsbeschreibung	155
1. Allgemeine Anforderungen	155
2. Beschreibung funktionaler und nichtfunktionaler Anforderungen bei IT-Projekten	156
3. Projektphasen, Vorgehensmodelle	157
III. „Erschöpfende“ Beschreibung	158
1. Allgemeine Anforderungen	158
2. Beistellungen und Mitwirkungsleistungen	158
3. Technische Regeln	158
IV. Produkt- und Markenneutralität	159
V. Unzumutbarkeit der Kalkulation	159
VI. Beschreibungsarten	160
1. Funktionale Leistungsbeschreibung	160
2. Konstruktive Leistungsbeschreibung	161
3. Konventionelle Leistungsbeschreibung	161
4. IT-spezifische Standards und Normen	163
5. Rahmenvereinbarungen	163
VII. Auslegung der Leistungsbeschreibung	164
1. Objektiver Empfängerhorizont	164
2. Auslegungsregeln	164
VIII. Prüfungs-, Hinweis- und Rügeobliegenheit	166
IX. Änderungen der Leistungsbeschreibung	166
C. Nutzungsrechte, § 31 Abs. 4 VgV, § 28 Abs. 4 SektVO	167
D. Aspekte der Nachhaltigkeit, § 31 Abs. 3 VgV, § 28 Abs. 2 SektVO	167
E. Energieeffizienz, Green IT und Green Energy, § 67 VgV, § 58 SektVO	167
I. Energieeffizienz, Energieeffizienzklasse	167
II. Green IT	168
F. Barrierefreiheit, § 121 Abs. 2 GWB, § 31 Abs. 5 VgV	168
G. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 30, 58 SektVO	168
H. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, § 23 UVgO	169

§ 7 Produktneutralität

A. Einleitung	171
B. Produktneutrale Ausschreibung als gesetzliches Leitbild	172
I. Rechtlicher Rahmen und Bedeutung des Gebots der produktneutralen Ausschreibung	172
II. Produktneutralität	173
1. Verzicht auf Produkt- und Herstellervorgaben	173
2. Verzicht auf die Nennung von Leitfabrikaten	174
III. Zulässige Abweichungen vom Leitbild der produktneutralen Ausschreibung	175
1. Rechtfertigung von Produkt- und Herstellervorgaben	175
2. Rechtfertigung der Vorgabe von Leitfabrikaten	179

C. Hinweise zur Umsetzung produktneutraler Ausschreibungen im Rahmen von IT-Vergaben	182
I. Ermittlung des Beschaffungsgegenstandes	182
1. Interne Bedarfsanalyse: technische, wirtschaftliche und rechtliche Gesichtspunkte	183
2. Markterkundung	184
II. Auswirkungen auf die Wahl der Verfahrensart	186
III. Umsetzung in den Vergabeunterlagen	187
1. Auswirkungen auf die Leistungsbeschreibung	187
2. Konzeption des Wertungssystems	188
IV. Dokumentation im Vergabevermerk	189
V. Berücksichtigung im Vergabenachprüfungsverfahren	190
§ 8 EVB-IT-Verträge	
A. Einleitung	193
I. Historie und Zielrichtung	193
II. Anwendungspraxis	194
B. Überblick und Abgrenzung	195
I. Überblick	195
1. Vertrag	196
2. AGB	196
3. Formulare und sonstige Anlagen	197
II. Abgrenzung der BVB und EVB-IT	197
III. EVB-IT und AGB-rechtliche Inhaltskontrolle	198
C. Die verschiedenen EVB-IT-Musterverträge	199
I. Dienstleistung	199
II. Instandhaltung	200
III. Kauf	201
IV. Pflege S	202
V. Überlassung (Typ A und B)	203
VI. Erstellung	204
VII. Service	205
VIII. System und Systemlieferung	205
1. Besonderheiten des Systemvertrages	206
2. Besonderheiten des Systemlieferungsvertrages	206
D. Verwendung der EVB-IT Musterverträge	207
I. EVB-IT oder Individualvertrag?	207
1. Art des Projektes	207
2. Zeitrahmen/Ressourcen	207
3. Verhandlungs-/Ausschreibungssituation	208
4. Personalressourcen	208
5. Sprache	209
II. Auswahl des passenden Musters	209
1. Softwareprojekte mit vorgelagerter Feinkonzept- oder Spezifikationsphase	210
2. Agile Projekte	210
3. Outsourcing/Managed Services	211
§ 9 Verwendung der UfAB 2018	
A. Einleitung	214
I. Begriff und Ziel der UfAB	214
II. Entwicklung der UfAB	215

B. Die Verwendung der UfAB 2018	219
I. Aufbau und wesentlicher Inhalt der UfAB 2018	219
1. Überblick über den Aufbau der UfAB 2018	219
2. Kapitel A der UfAB 2018 – „Einführung“	220
3. Kapitel B der UfAB 2018 – „Planung einer Beschaffung“	220
4. Kapitel C der UfAB 2018 – „Design einer Beschaffung“	224
5. Kapitel D der UfAB 2018 – „Durchführung eines Vergabeverfahrens“ ...	225
6. Kapitel E der UfAB 2018 – „Ausgewählte Hinweise zur Vertragsdurchführung“	225
7. Kapitel F der UfAB 2018 – „Vertiefung zu ausgewählten Themen“	225
8. Checklisten	227
II. Die Bewertungsmethoden in der Vergabepraxis	228
1. Die Bewertungsmethoden	228
2. Die reine Preiswertung	229
3. Die Einfache Richtwertmethode	230
4. Die Erweiterte Richtwertmethode	231
C. Fazit	232
§ 10 Ausschlussgründe, Eignungskriterien und Eignungsnachweise	
A. Einleitung	234
B. Zwingende Ausschlussgründe, §§ 122, 123, 126 Nr. 1 GWB, § 42 VgV, § 31 UVgO	235
I. Katalogstraftaten, § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB	235
II. Nichtentrichtung von Steuern und Abgaben, § 123 Abs. 4 GWB	236
III. Zurechnung persönlichen Verhaltens, § 123 Abs. 3 GWB	237
IV. Absehen vom Ausschluss, § 123 Abs. 5 GWB	237
C. Fakultative Ausschlussgründe, §§ 122, 124, 126 Nr. 2 GWB, § 42 VgV, § 31 UVgO	237
I. Fakultative Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 GWB	238
1. Verstoß gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB	238
2. Insolvenz oder vergleichbares Verfahren, § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB	238
3. Nachweislich schwere Verfehlung, § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB	239
4. Wettbewerbsbeschränkende Abreden, § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB	239
5. Interessenkonflikte, § 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB	240
6. Vorbefassung, § 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB	240
7. Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags, § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB	240
8. Schwerwiegende Täuschung, Zurückhalten von Auskünften, Nichtübermittlung von Nachweisen § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB	241
9. Unzulässige Beeinflussung, Informationserlangung oder -übermittlung, § 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB	241
II. Weitere spezialgesetzliche Ausschlussgründe, § 124 Abs. 2 GWB	241
D. Nachweis der Selbstreinigung, § 125 GWB, § 31 Abs. 2 S. 3 UVgO	242
I. Nachweis der Selbstreinigung nach § 125 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 GWB	242
1. Schadensausgleich, § 125 Abs. 1 Nr. 1 GWB	242
2. Aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber, § 125 Abs. 1 Nr. 2 GWB	243
3. Ergreifen konkreter technischer, organisatorischer und personeller Maßnahmen, § 125 Abs. 1 Nr. 3 GWB	244
II. Verfahren, § 125 Abs. 2 GWB	244
1. Zeitpunkt der Nachweisführung und Anhörungsgebot	244
2. Bewertung und Entscheidung	245

E. Eignungskriterien, § 122 GWB, § 44 ff. VgV, § 33 UVgO	245
I. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, § 44 VgV, § 33 UVgO	247
II. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, § 45 VgV, § 33 UVgO	248
1. Mindestjahresumsatz, § 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 1, Abs. 2 VgV	248
2. Bilanzen, § 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 VgV	248
3. Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung, § 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 VgV	249
4. Weitere Eignungskriterien	249
III. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit, § 46 VgV, § 33 UVgO	249
F. Eignungsnachweise, § 122 GWB, § 44 ff. VgV, § 35 UVgO	250
I. Nachweis durch Präqualifikation, § 122 Abs. 3 GWB, § 48 Abs. 8 VgV	250
II. Vorläufiger Nachweis durch Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE), §§ 48 Abs. 3, 50 VgV, § 35 Abs. 3 UVgO	251
III. Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit, § 45 Abs. 4 VgV	252
1. Bankerklärungen, § 45 Abs. 4 Nr. 1 VgV	252
2. Nachweis bestehender Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung, § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV	252
3. Jahresabschlüsse, § 45 Abs. 4 Nr. 3 VgV	253
4. Umsatzerklärungen, § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV	253
IV. Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit, § 46 Abs. 3 VgV	253
1. Referenzen, § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV	253
2. Angabe der technischen Fachkräfte, § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV	254
3. Technische Ausrüstung, Qualitätssicherung, Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten, § 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV	255
4. Lieferkettenmanagement- und -überwachungssystem, § 46 Abs. 3 Nr. 4 VgV	255
5. Kontrolle, § 46 Abs. 3 Nr. 5 VgV	255
6. Studien- und Ausbildungsnachweise, § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV	255
7. Umweltmanagementmaßnahmen, § 46 Abs. 3 Nr. 7 VgV	256
8. Beschäftigtenzahl und Zahl der Führungskräfte, § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV	256
9. Ausstattung zur Vertragsausführung, § 46 Abs. 3 Nr. 9 VgV	256
10. Unteraufträge, § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV	256
11. Muster und Bescheinigungen, § 46 Abs. 3 Nr. 11 VgV	256
G. IT-Zertifizierungen, IT-Gütezeichen, Qualitätssicherung und Umweltmanagement, §§ 34, 49 VgV, §§ 32, 49 SektVO, § 24 UVgO	256
I. IT-Zertifizierungen und -Gütezeichen, § 34 VgV, § 32 SektVO, § 24 UVgO	257
1. Anforderungen an Gütezeichen, § 34 Abs. 2 VgV	257
2. Akzeptanz anderer Nachweise, § 34 Abs. 4, 5 VgV	258
II. Qualitätssicherung und Umweltmanagement, § 49 VgV, § 49 SektVO	258
1. Qualitätssicherung (§ 49 Abs. 1 VgV)	258
2. Umweltmanagement (§ 49 Abs. 2 VgV)	259
H. Bietergemeinschaften, § 43 VgV, § 50 SektVO, § 32 UVgO	260
I. Gleichbehandlungsgebot, § 43 Abs. 2 Satz 1 VgV	261
II. Rechtsform und Anforderungen an Bewerber- und Bietergemeinschaften, § 43 Abs. 2 Satz 2 und 3, Abs. 3 VgV	261
III. Grenzen der Beteiligung von Bewerber- und Bietergemeinschaften	262
1. Kartellrechtliche Grenzen	262
2. Änderungen der Zusammensetzung	262
3. Mehrfachbeteiligungen	263

I. Unterauftragnehmer, § 36 VgV, § 34 SektVO, § 26 UVgO	263
I. Abgrenzungen	264
II. Benennung der Unterauftragnehmer, § 36 Abs. 1 VgV	264
III. Mitteilungspflichten, § 36 Abs. 3 VgV	265
IV. Einhaltung rechtlicher Verpflichtungen, § 36 Abs. 4 VgV	265
V. Ausschluss und Ersetzung von Unterauftragnehmern, § 36 Abs. 5 VgV	265
J. Die Eignungsleihe, § 47 Abs. 1 bis 4 VgV, § 47 Abs. 1 bis 4 SektVO, § 34 UVgO	266
I. Eignungsleihe und Verpflichtungserklärung, § 47 Abs. 1 VgV	266
II. Überprüfung des Eignungsverleihers, § 47 Abs. 2 VgV	267
III. Gemeinsame Haftung, § 47 Abs. 3 VgV	267
K. Das Selbstausführungsgebot, § 47 Abs. 5 VgV, § 47 Abs. 5 SektVO, § 26 Abs. 6 UVgO	268
L. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 142 GWB, 32, 34, 45–47, 49f. SektVO	268
M. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, §§ 24, 26, 31 ff. UVgO	270
§ 11 Zuschlagskriterien und Wertungsformeln	
A. Einleitung	272
B. Zuschlagskriterien, § 127 GWB, § 58 VgV	272
I. Überblick zur Wirtschaftlichkeit eines Angebots, § 127 Abs. 1 GWB, § 58 Abs. 1, Abs. 2 VgV	273
1. Niedrigste Preis als alleiniges Zuschlagskriterium, § 58 Abs. 2 S. 2 VgV	274
2. Kostenbezogene Zuschlagskriterien	275
3. Festpreise oder Festkosten, § 58 Abs. 2 S. 3 VgV	276
II. Leistungsbezogene Zuschlagskriterien im Einzelnen, § 127 Abs. 1 S. 4 GWB, § 58 Abs. 2 S. 2 VgV	276
1. Qualität, technische Werte, § 58 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 VgV	276
2. Organisation, Qualität und Erfahrung des eingesetzten Personals, § 58 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 VgV	277
3. Support-Leistungen und Lieferbedingungen, § 58 Abs. 2 S. 2 Nr. 3 VgV	278
4. Innovative Aspekte	279
5. Präsentationen und Teststellungen	279
III. Materielle Anforderungen an die Zuschlagskriterien, § 127 Abs. 3, Abs. 4 GWB	280
1. Verbindung zum Auftragsgegenstand, § 127 Abs. 3 GWB	281
2. Bestimmtheit und Willkürverbot, § 127 Abs. 4 S. 1, 1. Halbsatz GWB	282
3. Wirksamer Wettbewerb und Diskriminierungsfreiheit, § 127 Abs. 4 S. 1, 2. u. 3. Halbsatz GWB	282
4. Überprüfbarkeit, § 127 Abs. 4 S. 1, 4. Halbsatz GWB	283
5. Zuschlagskriterien bei Haupt- und Nebenangeboten, § 127 Abs. 4 S. 2 GWB	284
IV. Gewichtung von Zuschlagskriterien und Bewertungsmatrix, § 58 Abs. 2 S. 1 VgV, § 58 Abs. 3 VgV	284
1. Mindestanforderungen durch Ausschlusskriterien (sog. A-Kriterien)	284
2. Bewertungskriterien (sog. B-Kriterien)	285
3. Kriterien-Hauptgruppen, Kriteriengruppen und Einzelkriterien	286
4. Arten der Gewichtung und Bewertungsmatrix	287
V. Bekanntmachung der Zuschlagskriterien und ihrer Gewichtung, § 127 Abs. 5 GWB, § 58 Abs. 3 S. 1 VgV	292

C. Wertungsformeln	293
I. Lineare Interpolation: die Umwandlung von Angebotspreisen in Preispunkte	293
II. Quotient aus Leistungspunkten und Angebotspreisen	294
1. Einfache Richtwertmethode	294
2. Einfache Richtwertmethode mit Gewichtungsfaktor	294
3. Erweiterte Richtwertmethode	295
D. Berechnung von Lebenszykluskosten, § 127 Abs. 3 GWB, § 59 VgV, § 53 SektVO	296
I. Allgemeines	296
II. Methode zur Berechnung von Lebenszykluskosten, § 59 Abs. 2 VgV	297
1. Anschaffungskosten, § 59 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 VgV	297
2. Nutzungskosten, § 59 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 VgV	298
3. Wartungskosten, § 59 Abs. 2 S. 2 Nr. 3 VgV	298
4. Kosten am Ende der Nutzungsdauer, § 59 Abs. 2 S. 2 Nr. 4 VgV	298
III. Kosten externer Umweltbelastung, § 59 Abs. 2 S. 2 Nr. 5 VgV iVm § 59 Abs. 3 VgV	298
IV. Unionsweit vorgeschriebene Berechnungsmethoden, § 59 Abs. 4 VgV	299
V. Bekanntgabe der Berechnungsmethode, § 59 Abs. 2 S. 1 VgV	299
E. Benchmarks Performance Tests	299
F. Besonderheiten im Sektorenbereich, § 53 SektVO	300
G. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte	300

§ 12 Sonstige Stellschrauben des Vergaberechts

A. Einleitung	301
B. Stellschraube Leistungsbestimmungsrecht	302
C. Stellschraube „Wahl der Vergabeart“	306
I. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	306
II. Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb und wettbewerblicher Dialog	307
D. Rahmenvereinbarungen und besondere Instrumente, § 103 Abs. 5, § 120 GWB, §§ 21 ff. VgV, §§ 19 ff. SektVO, §§ 15 ff. UVgO als Stellschrauben	310
E. Optionsrechte und Überprüfungs Klauseln	311
I. Bestimmtheiterfordernis	312
II. Wahrung der Identität des Beschaffungsgegenstandes	313
F. Stellschrauben durch „Qualitative Zuschlagskriterien“	314

Kapitel 3 Einleitung des Vergabeverfahrens

§ 13 Die Bekanntmachungen

A. Einleitung	318
I. Überblick über die Bekanntmachungsarten	318
II. Standardformulare	319
B. Die EU-Auftragsbekanntmachung, § 37 VgV, § 40 VgV	320
I. Inhalt der Bekanntmachung	320
1. Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber	320
2. Abschnitt II: Gegenstand	321
3. Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben	323
4. Abschnitt IV: Verfahren	326
5. Abschnitt VI: Weitere Angaben	327
II. Versendung und Veröffentlichung der Bekanntmachung	328
III. Die Einrichtung eines Beschafferprofils	329
IV. Rechtsfolgen einer fehlenden EU-Auftragsbekanntmachung	329

C. Die EU-Vorinformation, § 38 VgV	330
I. Inhalte und Erstellung der EU-Vorinformation	331
1. Mindestinhalte einer einfachen EU-Vorinformation	331
2. Inhalte einer qualifizierten EU-Vorinformation zur Fristverkürzung	331
3. Inhalte einer qualifizierten EU-Vorinformation als Aufruf zum Wettbewerb	332
II. Vergabeverfahren	333
III. Veröffentlichung	334
IV. Rechtsfolgen einer EU-Vorinformation	335
D. Bereitstellung der Vergabeunterlagen, § 41 VgV, § 41 SektVO, § 29 UVgO	335
I. Elektronische Bereitstellung	336
II. Unentgeltliche, uneingeschränkte, vollständige und direkte Abrufbarkeit	336
1. Unentgeltlich	336
2. Uneingeschränkt und direkt	336
3. Vollständig	337
III. Ausnahmen	338
1. Technische Gründe, § 41 Abs. 2 VgV	338
2. Ausnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit, § 41 Abs. 3 VgV	339
IV. Rechtsfolgen bei Verstößen gegen § 41 VgV	339
E. Direktauftrag und freiwillige Ex Ante-Transparenzbekanntmachung, § 135 Abs. 3 GWB	339
I. Inhalte der Bekanntmachung	340
II. Überprüfung durch die Nachprüfungsinstanzen	341
F. Die EU-Berichtigungsbekanntmachung	341
G. Die EU-Vergabebekanntmachung, § 39 Abs. 1 bis 4 VgV	342
I. Allgemeines	342
II. Inhalt und Erstellung der Bekanntmachung	343
III. Ausnahmen von der Veröffentlichungspflicht, § 39 Abs. 6 VgV	343
IV. Rechtsschutz	344
H. Die EU-Auftragsänderungsbekanntmachung, § 39 Abs. 5 VgV	344
I. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 35 ff. SektVO	345
1. Regelmäßig nicht verbindliche Bekanntmachung, § 36 SektVO	346
2. Bekanntmachung eines Qualifizierungssystems, § 37 SektVO	346
J. Besonderheiten unterhalb der Schwellenwerte, §§ 27 ff. UVgO und § 12 VOL/A	347
I. Rechtslage nach der UVgO	347
1. Auftragsbekanntmachung	347
2. Bereitstellung von Vergabeunterlagen	348
3. Vergabebekanntmachung	348
II. Rechtslage nach der VOL/A	348
III. Pflicht zur europaweiten Ex Ante-Transparenz	349

Kapitel 4 Durchführung des Vergabeverfahrens

§ 14 Die Vergabeverfahrensarten

A. Einleitung	351
B. Besonderheiten bei Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen, § 116 Abs. 1 Nr. 2 GWB	352
I. Allgemeines	353
II. Ausnahme von Forschungs- und Entwicklungsleistungen	353
III. Rückausnahme	354
1. Nicht privilegierungswürdige Dienstleistungen	354
2. Ausschließliches Eigentum	354
3. Vergütung durch den Auftraggeber	355

Inhaltsverzeichnis

C. Wahl der Verfahrensart, § 119 Abs. 1, 2 GWB, § 14 VgV, § 13 SektVO	356
I. Überblick über die Verfahrensarten, § 119 Abs. 1 GWB	356
II. Rangverhältnis der Verfahrensarten, § 119 Abs. 2 GWB	357
III. Folgen bei Wahl einer unzulässigen Verfahrensart	359
D. Die einzelnen Verfahrensarten, § 119 GWB, §§ 16–19 VgV, §§ 15–18 SektVO	360
I. Offenes Verfahren, § 119 Abs. 3 GWB	361
1. Begriff und Bedeutung	361
2. Ablauf des offenen Verfahrens	361
II. Nicht offenes Verfahren, § 119 Abs. 4 GWB	362
1. Begriff und Bedeutung	362
2. Ablauf des nicht offenen Verfahrens	363
III. Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb, § 119 Abs. 5 GWB	364
1. Begriff und Bedeutung	364
2. Zulässigkeit	365
3. Ablauf des Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb	370
IV. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb, § 119 Abs. 5 GWB	372
1. Begriff und Bedeutung	372
2. Zulässigkeit	373
3. Ablauf des Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb	381
V. Wettbewerblicher Dialog, § 119 Abs. 6 GWB	382
1. Begriff und Bedeutung	382
2. Zulässigkeit	383
3. Ablauf des wettbewerblichen Dialogs	383
VI. Innovationspartnerschaft, § 119 Abs. 7 GWB	385
1. Begriff und Bedeutung	385
2. Zulässigkeit	386
3. Ablauf des Verfahrens und Phasen der vertraglichen Zusammenarbeit	386
E. IT-Planungswettbewerbe, § 103 Abs. 6 GWB	387
F. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte	388
§ 15 Die Teilnahme- und Angebotsphase	
A. Einleitung	389
B. Fristenmanagement, §§ 15 ff., 20, 24 VgV; §§ 13 ff., 16, 65 SektVO; §§ 12 Abs. 6, 13, 54 UVgO	391
I. Relevante Fristen	391
II. Rechtlicher Prüfungsmaßstab der Angemessenheit der Fristsetzung	392
III. Grundlagen der Fristenberechnung	392
1. Verschiedene Begriffe für Tagesfristen	393
2. Beginn und Ende von Tagesfristen	393
3. Definitionen verschiedener Fristen	393
IV. Gesetzliche Fristen nach VgV	394
1. Offenes Verfahren	394
2. Nicht offenes Verfahren	396
3. Verhandlungsverfahren mit und ohne Teilnahmewettbewerb	397
4. Wettbewerblicher Dialog	397
5. Innovationspartnerschaft	397
V. Fristen nach SektVO	398
VI. Fristen nach UVgO	399
VII. Rechtsfolgen und Rechtsschutz bei Versäumnis der Fristen	400
C. Umgang mit Bewerber-, Bieterfragen und Rügen	401
I. Überblick	401
II. Umfang der Auskunftspflicht	401

III. Antworten auf Bieterfragen	402
IV. Zeitlicher Rahmen der Beantwortung	403
V. Rügepflicht	404
VI. Form der Rügeplik	404
D. Öffnung der Teilnahmeanträge und der Angebote	404
I. Überblick	404
II. § 55 VgV als wesentliche Vorschrift	405
1. Öffnung des Teilnahmeantrags oder anderweitiger Unterlagen	405
2. Öffnung des Angebots	405
III. Detailregelungen für besondere Bereiche	407
E. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, § 13 UVgO	408
I. Überblick	408
II. Angemessene Angebotsfrist	408
III. Bindefrist	409
IV. Fristverlängerungen	409
§ 16 Prüfung und Wertung – Teil I	
A. Einleitung	411
B. Die formale Prüfung, §§ 56 Abs. 1, 57 Abs. 1 VgV, § 51 Abs. 1 SektVO, §§ 41 Abs. 1, 42 Abs. 1 UVgO	412
C. Prüfung der Unternehmen	414
I. Prüfung von Ausschlussgründen, §§ 122 ff. GWB, § 42 VgV, § 51 Abs. 1 SektVO, § 31 Abs. 2 UVgO	414
1. Vorliegen eines Ausschlussgrundes	414
2. Grenzen der Berücksichtigungsfähigkeit	415
3. Ab 2021/2022: Wettbewerbsregister	416
II. Prüfung der Eignung, §§ 42 ff. VgV, §§ 45 ff. SektVO, §§ 31 ff. UVgO	417
1. Eignungskriterien	417
2. Prüfung anhand der Eignungsnachweise	418
3. Wertung durch Eignungsprognose	420
III. Begrenzung der Teilnehmerzahl, § 51 VgV, §§ 45 Abs. 3, 46 SektVO, §§ 31 Abs. 3, 36 UVgO	422
IV. Zeitpunkt der Prüfung	423
D. Prüfung der Erfüllung von besonderen Bedingungen für die Auftragsausführung, §§ 128 f. GWB, § 61 VgV	424
E. Nachforderung und Aufklärung	425
I. Nachforderung von Unterlagen, § 56 Abs. 2–5 VgV, § 51 Abs. 2–5 SektVO, § 41 Abs. 2–5 UVgO	426
II. Aufklärung und Verhandlungsverbot, § 15 Abs. 5 VgV, § 48 Abs. 7 VgV	427
F. Ausschluss von Unternehmen, Teilnahmeanträgen und Angeboten, §§ 122 ff. GWB, §§ 56 f. VgV	429
I. Ausschluss	429
II. Information der Unternehmen	430
III. Rechtsschutz	430
G. Besonderheiten in anderen Bereichen	431
I. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 37, 48 SektVO	431
II. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte	432
§ 17 Prüfung und Wertung – Teil II	
A. Einleitung	433
B. Prüfung der Angemessenheit der Angebote (sog. Preisprüfung), § 60 VgV	434
I. Ungewöhnlich niedrige Angebote	435
1. Ermittlung ungewöhnlich niedrig erscheinender Angebote	435
2. Aufklärung durch den Bieter (Abs. 1)	437

3. Prüfung der Zusammensetzung der Angebote (Abs. 2)	440
4. Entscheidung über den Angebotsausschluss	443
5. Bieterschutz	446
II. Ungewöhnlich hohe Angebote	448
C. Prüfung anhand der Zuschlagskriterien (sog. Angebotswertung), § 127 GWB, § 58 f. VgV	449
I. Maßstab für die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots, § 58 VgV, § 127 Abs. 1 GWB	449
1. Der Preis bzw. die Kosten des Angebots	450
2. Sonstige leistungsbezogene Zuschlagskriterien	451
3. Bewertungsmethoden und Bewertungsmatrix nach UfAB 2018	451
II. Durchführung der Wertung	453
1. Bindung an die Zuschlagskriterien	453
2. Beurteilungsspielraum des Auftraggebers	454
3. Einholung von Nachweisen, § 58 Abs. 4 VgV	455
4. Entscheidung durch den Auftraggeber nach dem 4-Augen-Prinzip, § 58 Abs. 5 VgV	455
5. Begründungs- und Dokumentationspflicht	455
6. Bieterschutz	457
D. Aufklärungsgespräche, Verhandlungen und Dialoge über Angebotsinhalte	457
I. Offenes und nicht offenes Verfahren, § 15 Abs. 5 (iVm § 16 Abs. 9) VgV	458
1. Zulässige Aufklärung von Unklarheiten (S. 1)	458
2. Abgrenzung zum Verhandlungsverbot (S. 2)	459
II. Verhandlungsverfahren, § 17 VgV	460
1. Verhandlungen über den gesamten Vertragsinhalt	460
2. Grenzen des Verhandlungsspielraums	460
III. Wettbewerblicher Dialog und Innovationspartnerschaft	461
1. Wettbewerblicher Dialog, § 18 VgV	461
2. Innovationspartnerschaft, § 19 VgV	462
E. Teststellungen und Präsentationen	463
I. Begriffsklärung und Grundlagen	463
II. Vergaberechtliche Anforderungen an Teststellungen	464
III. Vergaberechtliche Anforderungen an Präsentationen	466
F. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 52, 54 SektVO	467
G. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, §§ 43, 44 UVgO, §§ 16, 18 VOL/A	468
§ 18 Beendigung des Vergabeverfahrens	
A. Einleitung	469
B. Zuschlagerteilung	470
I. Voraussetzungen der Zuschlagerteilung	471
1. Zuschlagfähiges Angebot	471
2. Informationspflicht und Stillhaltefrist	472
3. Form der Zuschlagerteilung	478
4. Inhaltliche Anforderungen an den Zuschlag	479
5. Zeitpunkt der Zuschlagerteilung	480
II. Wirksamer Zuschlag und dessen Rechtsfolgen	481
III. Unwirksamer Zuschlag und dessen Rechtsfolgen	482
C. Aufhebung des Vergabeverfahrens	482
I. Rechtsnatur und Rechtsgrundlagen der Aufhebung	483
II. Kein Kontrahierungszwang	484
III. Aufhebungstatbestände	485
1. Geltungsbereich	485

2. Ausnahmecharakter der Aufhebungstatbestände; Darlegungs- und Beweislast	486
3. Die einzelnen Aufhebungstatbestände	486
4. Teilaufhebung	494
IV. Ermessensentscheidung des Auftraggebers	494
V. Mitteilungspflichten	495
VI. Rechtsschutz gegen die Aufhebung	495
1. Primärrechtsschutz: Die Aufhebung der Aufhebung	496
2. Sekundärrechtsschutz: Geltendmachung von Schadensersatz	501

Kapitel 5 Rechtsfolgen bei Verstößen und Rechtsschutz

§ 19 Rechtsschutz, Rügen und Nachprüfungsanträge

A. Einleitung	506
B. Rügen und Nachprüfungsanträge, §§ 155 ff. GWB	507
I. Vergabekammern §§ 155 ff. GWB	507
II. Formale Vorschriften für einen Nachprüfungsantrag §§ 160 Abs. 1, 161 GWB	509
III. Antragsbefugnis § 160 Abs. 2 GWB	512
IV. Rügeobliegenheit, Präklusion § 160 Abs. 3 GWB	514
1. Rügeobliegenheit hinsichtlich erkannter Vergabeverstöße	516
2. Rügeobliegenheit hinsichtlich aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbarer Vergabeverstöße	517
3. Ausnahmen von der Rügeobliegenheit	518
V. Antragsfrist § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB	519
VI. Verfahrensbeteiligte, Beiladung § 162 GWB	520
VII. Untersuchungsgrundsatz § 163 Abs. 1 GWB	521
VIII. Vorprüfung und Übermittlung § 163 Abs. 2 Satz 1 GWB, Zuschlagsverbot § 169 Abs. 1 GWB	522
1. Vorprüfung § 163 Abs. 2 Satz 1 GWB	523
2. Übermittlung § 163 Abs. 2 Satz 3 GWB, Zuschlagsverbot § 169 Abs. 1 GWB	523
IX. Akteneinsicht § 165 GWB	525
1. Umfang der Akteneinsicht	526
2. Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	526
3. Hinweispflicht auf geheimhaltungsbedürftige Inhalte	527
4. Entscheidung über die Akteneinsicht	528
X. Mündliche Verhandlung § 166 GWB	529
XI. Verfahrensbeschleunigung § 167 GWB, § 171 Abs. 2 GWB	531
1. Fünf-Wochen-Frist	531
2. Verlängerung der Frist	532
3. Mitwirkungspflichten der Beteiligten	533
4. Fristsetzung, Nichtberücksichtigung von Tatsachenvortrag	534
XII. Entscheidung der Vergabekammer § 168 GWB	535
1. Maßnahmen zur Beseitigung der Rechtsverletzung	535
2. Keine Aufhebung eines wirksamen erteilten Zuschlags	537
3. Fortsetzungsfeststellungsantrag	538
4. Entscheidung durch Verwaltungsakt	539
XIII. Gestattung der vorläufigen Zuschlagserteilung § 169 Abs. 2 GWB und vorläufige Maßnahmen nach § 169 Abs. 3 GWB	540
1. Vorabgestattung des Zuschlags	540
2. Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Vergabekammer nach § 169 Abs. 2 GWB	542

3. Vorläufige Maßnahmen nach § 169 Abs. 3 GWB	543
XIV. Kosten des Verfahrens vor der Vergabekammer §§ 182 GWB	543
1. Kosten des Verfahrens vor der Vergabekammer	544
2. Erstattung von Aufwendungen (insbesondere Rechtsanwaltskosten)	546
3. Kein Kostenfestsetzungsverfahren vor der Vergabekammer	547
XV. Das Beschwerdeverfahren vor dem Vergabesenat am Oberlandesgericht §§ 171 bis 178 GWB	548
1. Vergabesenate	548
2. Verfahrensrecht	548
3. Geltung von Vorschriften des GVG und der ZPO	550
4. Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	551
5. Beschwerdefrist	552
6. Beschwerdebegründung	553
7. Aufschiebende Wirkung der Beschwerde	553
8. Antrag auf Verlängerung des Zuschlagsverbots bis zur Entscheidung über die Beschwerde	553
9. Zuschlagsgestattung im Beschwerdeverfahren	555
10. Entscheidung über die sofortige Beschwerde	557
11. Divergenzvorlage an den BGH	559
C. Rechtsschutz unterhalb der EU-Schwellenwerte, § 935 ZPO, § 19 ThürVgG, § 19 LVG LSA	560
I. Zuständigkeit der Vergabekammern aufgrund Landesrechts	560
II. Rechtsschutz vor den ordentlichen Gerichten	561
D. Schadensersatzansprüche, § 181 GWB, §§ 280 Abs. 1, 241 Abs. 2, 311 Abs. 2 BGB	562
I. Schadensersatz nach § 181 GWB	562
II. Schadensersatzansprüche aus vorvertraglichem Schuldverhältnis	563
E. Rückforderung von gewährten Zuwendungen	565
 Kapitel 6 Besonderheiten während der Vertragsausführung § 20 Umgang mit Vertragsänderungen	
A. Einleitung	569
I. Typologie von Auftragsänderungen	569
II. Gang der Darstellung und Prüfungsschema	571
B. Vorfrage: Unkritische Abweichungen im Projektverlauf oder vergaberechtsrelevante Auftragsänderung?	574
I. Vertraglich antizipierte Auftragsänderungen	574
1. Optionen in Bezug auf den Leistungsgegenstand	575
2. Optionen für eine Vertragsverlängerung und quantitative Ausschöpfung in der Regellaufzeit	577
3. Nachfolgeprodukte bei Rahmenvereinbarung und Preisanpassungsregelungen	579
4. Austausch der Vertragsparteien oder von Nachunternehmern	580
5. Change Request-Klauseln	581
II. Faktische oder operative Auftragsänderungen	582
1. Keine willentliche Änderung des Auftrags	582
2. Höhere Gewalt und Störung der Geschäftsgrundlage in Krisenzeiten am Beispiel der Corona-Pandemie	582
3. Schlechtleistung und verspätete Leistung	583
4. Abkündigung von Produkten	584

C. Zusätzliche Lieferungen und Leistungen im Rahmen zulässiger Auftragsänderungen oder im Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	584
I. Zusätzliche Lieferungen und Dienstleistungen oder Auftragserweiterung?	585
II. Direktvergabe für zusätzliche Lieferleistungen	588
D. Auftragsänderungen nach § 132 GWB	589
I. Konzeption der gesetzlichen Regelung zu wesentlichen Auftragsänderungen	589
II. Systematischer Aufbau des § 132 GWB	590
III. Überschreitung der Bagatellgrenzen (§ 132 Abs. 3 GWB)	591
IV. Ausnahmsweise keine Neuvergabe erzwingende Auftragsänderungen (§ 132 Abs. 2 GWB)	592
1. Systematik der Ausnahmetatbestände und ihre Relevanz für IT-Vergaben	592
2. Ausnahmetatbestände mit Wertgrenze: § 132 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 und 3 GWB	593
3. Ausnahmetatbestände, nach denen es darauf ankommt, ob der „Gesamtcharakter“ des Auftrags verändert wird: § 132 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und 3, Abs. 3 GWB	594
4. Zulässige Auftragsänderungen, die eine EU-Bekanntmachung erfordern	595
5. Optionen und zusätzliche Lieferungen und Leistungen: § 132 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und 2 GWB	596
6. Änderungen aufgrund nicht vorhersehbarer Umstände: § 132 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 GWB	597
7. Ersetzung des Auftragnehmers: § 132 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 GWB	598
V. Wesentliche Auftragsänderungen (§ 132 Abs. 1 GWB)	598
1. Benannte wesentliche Auftragsänderungen	598
2. Unbenannte wesentliche Auftragsänderungen	600
E. Sanktionierung bei wesentlichen Auftragsänderungen	601
I. Kündigungsrecht des Auftraggebers nach § 133 Abs. 1 Nr. 1 GWB	601
II. Unwirksamkeit bei unterbliebener Neuvergabe nach § 135 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 GWB	603

Kapitel 7 IT-Vergaben im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich

§ 21 Besonderheiten bei der IT-Beschaffung im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich

A. Einleitung	605
B. IT-Beschaffung im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich, § 104 GWB, § 1 ff. VSVgV	606
I. Verteidigungs- oder sicherheitsspezifische öffentliche Aufträge § 104 GWB	607
1. Aufträge über die Lieferung von Militärausrüstung (Nr. 1)	608
2. Lieferung von Ausrüstung, die im Rahmen eines Verschlussachenauftrags vergeben wird (Nr. 2)	608
3. Andere Aufträge im unmittelbaren Zusammenhang mit Aufträgen iSv Nr. 1 und Nr. 2 (Nr. 3)	610
4. Leistungen speziell für militärische Zwecke oder im Rahmen eines Verschlussachenauftrags (Nr. 4)	610
II. Verfahrensarten, § 146 GWB, §§ 11, 12 VSVgV	611
1. Nicht offenes Verfahren/Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb	611

2. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	611
III. Leistungsbeschreibung und technische Anforderungen, § 15 VSVgV	614
IV. Besondere Anforderungen an Informations- und Versorgungssicherheit	615
1. Eignungsanforderungen und Ausschlussgründe, §§ 21 ff. VSVgV	616
2. Besondere Ausführungsbedingungen, § 128 Abs. 2 GWB	617
3. Wahrung der Vertraulichkeit, § 6 VSVgV	618
4. Schutz von Verschlussachen, § 7 VSVgV	618
5. Gewährungsleistung von Versorgungssicherheit, § 8 VSVgV	621
6. Zuschlagskriterien, § 34 Abs. 2 VSVgV	622
V. Informationsübermittlung	622
VI. Rahmenvereinbarungen, § 14 VSVg	623
C. Leitlinien für die kooperative Beschaffung, Bekanntmachung der Kommission 2019/C 157/01	624
I. Verfahrensmöglichkeiten gemeinsamer Beschaffung	626
1. Gemeinsame Beschaffung ohne Inanspruchnahme einer zentralen Beschaffungsstelle	626
2. Gemeinsame Beschaffung mit Inanspruchnahme einer zentralen Beschaffungsstelle	626
II. Kooperation bei Entwicklung und Modernisierung	627
III. Auftragsvergabe durch internationale Organisationen	627
IV. Konvergenz der bestehenden Fähigkeiten zwischen den Staaten	628
D. Besonderheiten unterhalb der Schwellenwerte	628
I. Verfahrensarten (§ 51 Abs. 1 UVgO)	629
II. Schutz von Verschlussachen (§ 51 Abs. 2 UVgO)	630
III. Gewährungsleistung von Versorgungssicherheit (§ 51 Abs. 3 UVgO)	630
IV. Ausschluss von nicht vertrauenswürdigen Unternehmen (§ 51 Abs. 4 UVgO)	630
§ 22 Die Anwendung des Preisrechts nach der Verordnung PR 30/53	
A. Einleitung	631
I. Begriff und Regelungszweck des öffentlichen Preisrechts	631
II. Wesentliche Grundsätze des öffentlichen Preisrechts	633
1. Das Höchstpreisprinzip nach § 1 Abs. 3 VO PR 30/53	634
2. Das Festpreisprinzip nach § 1 Abs. 2 S. 1 VO PR 30/53	635
3. Die Preistreppe	635
4. Die Geschlossenheit der VO PR	638
B. Anwendungsbereich des öffentlichen Preisrechts, § 2 VO PR 30/53	638
I. Personeller Anwendungsbereich	638
1. Öffentlicher Auftraggeber, § 2 Abs. 1 VO PR 30/53	638
2. Auftragnehmer	639
3. Mittelbare Leistungen nach § 2 Abs. 4 VO/PR 30/53	640
II. Sachlicher Anwendungsbereich: Öffentlicher Auftrag nach § 2 Abs. 1 VO PR 30/53	642
C. Der Marktpreis (§ 4 VO PR) und das Verhältnis des Preisrechts zum Vergaberecht	643
I. Begriff des Marktpreises nach § 4 VO PR 30/53	643
1. Der ursprüngliche Marktpreis nach § 4 Abs. 1 VO PR 30/53	644
2. Der abgeleitete Marktpreis nach § 4 Abs. 2 VO PR 30/53	646
3. Der modifizierte Marktpreis nach § 4 Abs. 4 VO PR	647
II. Das Verhältnis von Marktpreis und Vergaberecht	647
1. Herrschende Meinung: Betriebssubjektiver Marktpreis als Höchstpreis ...	648
2. Andere Ansicht: Wettbewerbspreis als Höchstpreis	648
3. Stellungnahme	648

D. Selbstkostenpreise, §§ 5 ff. VO PR 30/53	650
I. Preistypen der Selbstkostenpreise	650
II. Zulässige Höhe der Selbstkostenpreise	651
1. Allgemeine Regelungen des LSP	651
2. Besonderheiten in den Verträgen des BMVg und des BAAINBw	653
E. Preisprüfung, § 9 ff. VO PR 30/53	653
I. Aufgabe der Preisüberwachung und Zuständigkeit	653
II. Überblick: Inhalt und Ablauf der Prüfung	654
III. Besonderheiten im Verteidigungssektor	655
Sachverzeichnis	657


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG